

Quelle: TA 04.05.2010

Kritik an Politik für Behinderte

Thüringen muss nach Auffassung der Linken mehr für die Gleichstellung behinderter Menschen tun. Neuesten Zahlen zufolge ist jeder 12. Thüringer schwerbehindert.

ERFURT.
Die behindertenpolitische

Sprecherin der Linken, Karola Stange, sagte gestern, die Landesregierung habe bei der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen versagt. Die Konvention sehe etwa Barrierefreiheit, gemeinsamen Schulunterricht und Maßnahmen für den ungehinderten Zu-

gang zum Arbeitsmarkt vor. Die Linke fordert die Überarbeitung des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes, das bis Anfang 2011 befristet sei. Nach Meinung von Stange müssen etwa die Kompetenzen des Behindertenbeauftragten erhöht werden und die kommunalen Behindertenbeauftragten in Zukunft haupt-

amtlich beschäftigt werden.

Laut Statistischem Landesamt haben im vergangenen Jahr 182 652 schwerbehinderte Menschen in Thüringen gelebt. Den Angaben zufolge waren das 672 Menschen oder 0,4 Prozent mehr als nach der letzten Erhebung im Jahr 2007. Damit sei fast jeder 12. Thüringer betroffen.

Quelle: Freies Wort 04.05.2010

Thüringer Behinderten-Politik in der Kritik

Soziales | Die Linke fordert eine Novellierung des Gleichstellungsgesetzes. Die SPD weist die Vorwürfe zurück.

Von Anna-Lena Roth

Erfurt – Thüringen muss nach Auffassung der Linken mehr für die Gleichstellung behinderter Menschen tun. Die behindertenpolitische Sprecherin der Linken, Karola Stange, sagte gestern in Erfurt, die schwarz-rote Landesregierung habe bei der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen versagt. Die SPD wies die Vorwürfe zurück.

Die Konvention sieht etwa Barrierefreiheit, gemeinsamen Schulunterricht und Maßnahmen für den ungehinderten Zugang zum Arbeitsmarkt vor. „Obwohl die UN-Konvention seit über einem Jahr in Kraft

ist, hat sich in Thüringen diesbezüglich nichts getan“, kritisierte Stange. Ein entsprechender Antrag der Linken sei im Dezember 2009 von der Regierungsfraktion abgelehnt worden.

Die Linke fordert die Novellierung des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes, das bis Anfang 2011 befristet sei. Nach Meinung von Stange müssen etwa die Kompetenzen des Thüringer Behindertenbeauftragten erhöht werden und die kommunalen Behindertenbeauftragten in Zukunft hauptamtlich beschäftigt werden. Für mehr Barrierefreiheit solle die Bauordnung überarbeitet werden. Die Erhöhung des Blind-

dengeldes um 50 auf 270 Euro pro Monat begrüßte Stange. Thüringen liege damit im bundesweiten Vergleich aber auf dem vorletzten Platz, sagte Stange, die auch die Einführung eines Gehörlosengeldes fordert.

Die behindertenpolitische Sprecherin der SPD, Dagmar Künast, erwiderte, die Erhöhung des Blindengeldes zum 1. Juli dieses Jahres zeige, dass die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen in Thüringen für die Landesregierung ein wichtiges und ernstes Anliegen sei. „Das Thüringer Gleichstellungsgesetz wird noch in diesem Jahr mit Blick auf die UN-Konvention evaluiert

und überarbeitet“, versicherte Künast. Die Politikerin warnte davor, in diesem wichtigen Feld „mit der heißen Nadel zu stricken“. Die Opposition solle die Evaluierung des Gleichstellungsgesetzes unterstützen und nicht „zerreden“. Wie das Statistische Landesamt gestern mitteilte, haben im vergangenen Jahr 182 652 schwerbehinderte Menschen in Thüringen gelebt. Den Angaben zufolge waren das 672 Menschen oder 0,4 Prozent mehr als nach der letzten Erhebung im Jahr 2007. Damit sei fast jeder 12. Thüringer betroffen. dpa